



Antifaschistisches Berlin

Die ersten zwei von 16 gestohlenen Stolpersteinen wurden ersetzt. Seite 11

Foto: nd/Ulli Winkler

Verdienter Verleger

Zum Tode des Literatur-Ermöglichers Elmar Faber. Seite 15

Mobiles Mogadischu

Rollstuhlfahrer repariert für sein Auskommen Räder. Seite 10

Foto: Contrasto/Marco Gualazzini

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Dienstag, 5. Dezember 2017

72. Jahrgang/Nr. 283

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Seehofers Bratwurst

Markus Drescher über die CSU und ihre Personalplanung

Die gute Nachricht für Söders Markus: Er wird Ministerpräsident. Die schlechte Nachricht: Er muss es bleiben. Und zwar mit einem überzeugenden Ergebnis bei der Landtagswahl im kommenden Jahr. Die Chancen dafür stehen derzeit allerdings nicht gut. Miserables Abschneiden bei der Bundestagswahl, Sturzflug in den Umfragen, unbekannter Schaden durch die Personalquerelen der vergangenen Wochen, weiterhin schwierige Regierungsbildung in Berlin, an der sich Söder nach dem Willen Seehofers beteiligen soll, eine SPD im Land, die mit einer neuen Vorsitzenden wieder am Leben scheint – und Horst Seehofer himself, der Parteivorsitzende, bleibt: Unbeschwerte und uneingeschränkte Freude sollte Markus Söder am Montag über seinen Karrieresprung nicht empfunden haben.

Viel Wasser fließt noch die Pegnitz runter und durch Nürnberg, Söders Heimatstadt, bevor das politische Schicksal des Franken in München entschieden sein wird. Am Ziel ist der Faschingsfan mit der Entscheidung vom Montag noch lange nicht. Dass er es erreicht, dürfte – nett formuliert – nicht Seehofers oberste Priorität sein. Hartnäckig und geduldig hat Söder den Jäger und Stühlesäger gegeben – über Jahre. Jetzt ist er selbst der Gejagte. Schluss mit Stuss, Söder muss Ergebnisse liefern. Die zu bewerten auch dem CSU-Vorsitzenden obliegt. Rache wird kalt serviert, heißt es. Seehofer könnte sich allerdings auch für die Variante Grill entscheiden – und das »Bradwürschdler« Söder darauf legen.

UNTEN LINKS

Donald Trump hat ein schweres Jahr hinter sich. Statt des erwarteten (also: von ihm selbst erwarteten) Triumphzugs durch die Weltgeschichte erlebte er seit seiner Wahl im letzten Herbst, vor allem seit seinem Amtsantritt nur Pleiten, Pech und Pannen. Das ging schon mit der Amtseinführung los, von der die verdammten Fake-News-Medien nicht glauben wollten, dass es die schönste, größte, ja die geilste aller Zeiten war. Nun aber hat der Präsident seine Steuerreform durchgedrückt. Mit Mühe und Not, aber immerhin – sie ist nicht unterwegs verhungert wie die Gesundheitsreform. Oder das Mauerprojekt an der Grenze zu Mexiko. Oder die Einreiseperrnen. Nein, beim Thema Steuern hat Trump gleich doppelten Grund zum Feiern. Erstens: Es hat überhaupt mal etwas geklappt außerhalb seines Twitter-Accounts. Und zweitens: Trump und sein Clan sparen durch die Steuererleichterungen rund eine Milliarde Dollar. Denn der Mensch steht im Mittelpunkt der Politik. Vor allem der eine. wh

Eine Frage der Ehre



Foto: nd/Ulli Winkler

Berlin. Algisa Peschel ist Vorsitzende des Berliner Behindertenverbandes im Stadtbezirk Mitte. Im Ehrenamt. Das heißt: Ihre Tätigkeit mit Behinderten und für sie übt sie in der Freizeit und ohne Entlohnung aus. Seit zehn Jahren ist sie befreundet mit der Rollstuhlfahrerin Gabi K. Sie kümmert sich um Gabi K., begleitet sie durch die Stadt.

Damit gehört Algisa Peschel zu den rund 30 Millionen Menschen in Deutschland, die ein Ehrenamt ausüben. Ob in der Kultur oder im Sport, im sozialen Bereich oder in der Flüchtlingsbetreuung, in der politischen Arbeit, im Umweltschutz oder bei der Aufrechterhaltung des Gemeindelebens in den Kommunen – es gibt wohl keinen Teil der Gesellschaft, in dem Ehrenamtler nicht eine unentbehrliche Hilfe wären.

Weil das so ist, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern überall, hat die UNO vor über 30 Jahren einen Internationalen Tag des Ehrenamts ausgerufen, an dem die Arbeit der vielen Freiwilligen gewürdigt wird. Deshalb werden rund um diesen 5. Dezember auf Festveranstaltungen Orden verliehen und Reden gehalten. Was dabei meist im Hintergrund bleibt: Die Arbeit der Ehrenamtler ist auch deshalb so wichtig, weil sich der Staat mit Berufung auf Sparzwänge immer weiter aus seinen Pflichten zurückzieht. Ehrenamt könne aber immer nur ein Zusatz zur staatlichen Grundversorgung sein, sagt dazu der Flüchtlingsberater Manuel Armbruster im nd-Interview.

Wir gehen in dieser nd-Ausgabe solchen Fragen nach und stellen auf zahlreichen Seiten dieser Zeitung Menschen vor, die wie Algisa Peschel einen erheblichen Teil ihrer Freizeit opfern, um anderen zu helfen. Die dabei gleichzeitig etwas für sich selbst tun – Ehrenämter können durchaus auch Spaß machen – und ja: Lücken füllen, die der Staat aufreißt. wh

Seiten 2 und 3 sowie 5, 7, 9, 11, 12, 15, 19

Ex-Präsident Saleh in Jemen getötet

Langzeitherrscher im Machtkampf von Huthi-Rebellen erschossen

Sanaa. Nur wenige Tage nach seinem überraschenden Kurswechsel in Jemens Bürgerkrieg ist Ex-Langzeitherrscher Ali Abdullah Saleh von seinen früheren Verbündeten getötet worden. Kreise aus Salehs Partei erklärten am Montag, schiitische Huthi-Rebellen hätten den früheren Präsidenten nahe Sanaa getötet. Aus Huthi-Kreisen hieß es, Saleh sei bei Zusammenstößen mit den Rebellen ums Leben gekommen. Der Anführer der Rebellen, Abdel Malik al-Huthi, erklärte in einer TV-Ansprache, es sei eine »große Verschwörung« zwischen Saleh und dem von Saudi-Arabien geführten Militärbündnis zum Scheitern gebracht worden.

Der 75-Jährige hatte als Präsident über mehr als drei Jahrzehnte die Politik des bettelarmen Landes bestimmt. 2012 wurde er im Zuge der Aufstände in der arabischen Welt nach Massenprotesten und monatelangen Machtkämpfen gestürzt. Trotzdem blieb Saleh einer der einflussreichsten Politiker des Landes. Große Teile der Armee leisteten ihm weiter Gefolgschaft. dpa/nd

SPD will Gespräche mit Union führen

Spitze der Sozialdemokraten hält sich alle Optionen offen

Berlin. Die SPD macht bei der Suche nach einer Regierung den nächsten Schritt: Der Parteivorstand billigte am Montag den Vorschlag von Parteichef Martin Schulz, ergebnisoffene Gespräche mit der Union zu einer möglichen Regierungsbildung zu führen. Der am Donnerstag beginnende Parteitag der Sozialdemokraten in Berlin wird aber auch noch darüber abstimmen.

Vor zwei Wochen hatte die SPD-Spitze noch geschlossen eine Neuaufgabe der Großen Koalition abgelehnt. Im aktuellen Beschluss wird deshalb darauf hingewiesen, dass alle Optionen weiter auf dem Tisch lägen – Regierungsbeteiligung, Unterstützung einer Minderheitsregierung oder eine Neuwahl. Sollten die Gespräche mit CDU und CSU dazu führen, dass die SPD-Führung den Eindruck gewinnt, dass eine Minderheitsregierung toleriert werden könnte oder andere Formen der Kooperation oder eine Große Koalition möglich wären, soll ein kleiner Parteitag über die Aufnahme von Verhandlungen entscheiden. dpa/nd Seiten 4 und 6

Kein Durchbruch beim Brexit

Nach Gesprächen zwischen Theresa May und Jean-Claude Juncker in Brüssel noch keine Einigung

Vor dem Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs Mitte Dezember reiste die britische Premierministerin nach Brüssel. Knackpunkt ist die Irlandfrage.

Die Europäische Union und Großbritannien haben trotz aller Kompromissangebote beim Brexit noch keinen Durchbruch erzielt. Das teilte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am Montag nach einem Gespräch mit der britischen Premierministerin Theresa May mit. Diese war nach Brüssel gereist, um bei den festgefahrenen Brexit-Verhandlungen Fortschritte zu erzielen.

Nach den Gesprächen erklärte Juncker, eine vollständige Einigung über den erfolgreichen Abschluss der ersten Verhandlungsphase sei »nicht möglich« gewesen. May sagte, es seien »weitere Verhandlungen« nötig, sie rechne mit einem Ergebnis bis Ende der Woche. Auch Juncker sagte, er halte eine endgültige Einigung

»im Laufe dieser Woche« für möglich.

Unterhändler versuchen seit Monaten, zunächst die wichtigsten Trennungspunkte vor dem für 2019 geplanten EU-Austritt des Vereinigten Königreichs zu klären. Erst danach soll es um die künftigen Beziehungen beider Seiten gehen. Ohne raschen Durchbruch wächst das Risiko eines ungeordneten Brexits.

Bis zuletzt umstritten war in der ersten Verhandlungsphase, wie Grenzkontrollen zwischen dem EU-Staat Irland und dem zum Vereinigten Königreich gehörenden Nordirland vermieden werden können. Irland pocht auf eine schriftliche Zusage Großbritanniens, dass es keine feste Grenze auf der irischen Insel geben werde. Das irische Kabinett wollte den letzten Stand am Montag beraten.

Bewegung hatte es schon vorher bei den beiden anderen Kernthemen gegeben: bei den künftigen Rechten der 3,2 Millionen EU-

Bürger in Großbritannien und bei der »Schlussrechnung« Großbritanniens für die während der EU-Mitgliedschaft gemeinsam eingegangenen Finanzverpflichtungen. Bei beidem sei ein Kompromiss greifbar, sagte der Grünen-Frakti-

»Wenn wir Theresa May nicht stützen, werden wir gar keinen Brexit haben.«

Jeremy Hunt, britischer Gesundheitsminister

onschef im Europaparlament, Philippe Lamberts, der Deutschen Presse-Agentur.

Die EU-Kommission will am Mittwoch offiziell beurteilen, ob die Fortschritte in allen drei Trennungspunkten ausreichend sind. Gibt sie eine entsprechende Empfehlung, könnten die Staats- und

Regierungschefs nächste Woche die Ausweitung der Brexit-Verhandlungen einläuten. Dann soll es unter anderem um künftige Handelsbeziehungen gehen.

May steht innenpolitisch unter enormem Druck – ihr Handlungsspielraum ist begrenzt. Sie hat angesichts ihrer hauchdünnen Mehrheit im Parlament Revolten von mehreren Seiten zu befürchten. Zudem bereitet ihr ein Skandal um ihren Stellvertreter und Kabinettschef Damian Green Probleme. Gegen Green läuft eine Untersuchung wegen Belästigungsvorfällen, die er abstreitet.

Der britische Gesundheitsminister Jeremy Hunt warnte Brexit-Hardliner davor, die Premierministerin noch mehr unter Druck zu setzen. »Wenn wir Theresa May nicht stützen, werden wir gar keinen Brexit haben«, sagte Hunt in einem Fernsehinterview. Sie mache einen »sehr herausfordernden Job erstaunlich gut«. dpa/nd

Kommentar Seite 4

ISSN 0323-3375

